



Niederschrift

48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 12.04.2006
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	18:10 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS
Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE. PDS
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS
Frau Knoblich, Hannelore	SPD
Herr Kümmel, Harald	SPD
Herr Mühlberg, Andreas	SPD
Herr Bretz, Steeven	CDU
Herr Heinzl, Horst	CDU
Frau Paulsen, Bettina	CDU
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI
Herr Grünberg, Kai	

Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Schubert, Mike	SPD	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	nicht anwesend
Frau Grimm, Ute	Die Andere	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 29. März 2006
- 2 Zahlungsmoral der Stadt
Vorlage: 06/SVV/0090
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 3 Bürgerbefragung zum Freizeitbad
Vorlage: 06/SVV/0097

- Fraktion DIE LINKE. PDS
- 4 Diskussion über die Novellierung der Gemeindeordnung
 - 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
 - 5.2 Sachstandsbericht zur Entwicklung des Standortes des ehemaligen Medienforums Kirchsteigfeld
gemäß Vorlage: 05/SVV/0935 und 06/SVV/0029
 - 5.3 10. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0132
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 5.4 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 06/SVV/0123
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 29. März 2006

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Zur Tagesordnung werden keine Einwände vorgebracht. Damit ist die Tagesordnung bestätigt.

Da das Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 29. März 2006 erst zur heutigen Sitzung des Hauptausschusses ausgereicht wurde, erfolgt die Bestätigung des Protokolls in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 26. April 2006.

zu 2 Zahlungsmoral der Stadt Vorlage: 06/SVV/0090

Der Oberbürgermeister merkt an, dass man sich in der letzten Sitzung des Hauptausschusses darauf verständigt habe, dass die Debatte im Detail im Rechnungsprüfungsausschuss geführt wird.

Wie Herr Erdmann anschließend ausführt, habe man im Rechnungsprüfungsausschuss darüber berichtet, dass die jüngsten Auszahlungen des Kommunalen Immobilienservices geprüft und dabei keine Auffälligkeiten festgestellt worden seien. Man habe im Rechnungsprüfungsausschuss angeboten, dass sich betroffene Firmen an das Rechnungsprüfungsamt bzw. die Fraktionen wenden, damit man

im Einzelfall dem nachgehen könne.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Richter im letzten Hauptausschuss, wonach es eine Reihe von Fällen gebe, bei denen die Rechnungen von Handwerkern nicht in der Qualität erstellt werden und sich deshalb Verschiebungen ergeben können. Ihn interessiere, wie viel dies anteilig ausmache bzw. welche Relevanz dies habe.

Herr Exner merkt an, dass er keine Quote benennen könne. Man bemühe sich jedoch darum, den kleinen Unternehmern hinsichtlich einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung zu helfen. Herr Exner merkt u.a. weiter an, dass der gestellte Antrag unterstelle, dass die Stadt ihren Zahlungspflichten nicht nachkomme bzw. womöglich Rechnungsbeträge zurückhalte. Dies sei eine rufschädigende Unterstellung. Er richtet die Frage an Herrn Dr. Scharfenberg, ob er den Antrag zurücknehme.

Herr Dr. Scharfenberg äußert dazu u.a., dass er nichts künstlich aufrechterhalten wolle. Er nehme die Aussagen der Verwaltung zur Kenntnis, müsse jedoch sagen, dass die Sicht der Handwerker nicht vom Tisch zu wischen sei. Er bittet zu prüfen, in wie vielen Fällen die Stadt nicht pünktlich gezahlt habe, weil die Rechnungen formal nicht korrekt gewesen sind. Unter dieser Voraussetzung werde der Antrag zurückgezogen.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass das Angebot von Herrn Erdmann, sich in konkreten Fällen an das Rechnungsprüfungsamt oder die Fraktionen zu wenden, um dem nachzugehen, aufgegriffen werden solle.

Herr Schüler weist u.a. darauf hin, dass es in dem besagten Artikel in der PNN keinen Hinweis darauf gebe, dass die Stadt Potsdam ihre Rechnungen nicht bezahlt.

Herr Mühlberg wirft die Frage der Wiedergutmachung bezüglich der mit diesem Antrag entstandenen Rufschädigung für die Stadt Potsdam auf.

Herr Dr. Scharfenberg wird sich dazu nicht äußern. Er weist darauf hin, dass man der Problematik „Zahlungsmoral“ nie nachgegangen sei und es könne nicht schädlich sein, sich mit diesem Thema zu befassen. Er gehe davon aus, dass mit der Diskussion zu diesem Thema für die Zukunft eine positive Wirkung erreicht werde.

Herr Grünberg äußert seine Auffassung, dass es jeder Fraktion überlassen werden sollte, welche Anträge sie stellen.

Herr Heinzel äußert sich als Auftragnehmer und bestätigt seinerseits, dass die Stadt Potsdam hinsichtlich ihrer Zahlungsmoral sehr gut da stehe. Seit Bestehen des KIS werden Rechnungen innerhalb von 12-14 Tagen bezahlt.

Im Ergebnis ist festzuhalten: Der Antrag wird zurückgezogen.

**zu 3 Bürgerbefragung zum Freizeitbad
Vorlage: 06/SVV/0097**

Der Oberbürgermeister merkt eingangs an, dass man sich in der Sitzung des Hauptausschusses am 29. März 2006 darauf verständigt hatte, den Antrag zurückzustellen, bis der Antrag qualifiziert wird.

Herr Dr. Scharfenberg führt u.a. aus, dass man sich zwischenzeitlich mit der Frage befasst habe, wann konkrete Zahlen zum Freizeitbad vorliegen. Am 18.04.06 sollen die Fraktionsvorsitzenden konkrete Informationen erhalten. Davon abhängig, könnte die Fragestellung für die Bürgerbefragung dann festgemacht werden. Er habe sich erkundigt, wie eine Bürgerbefragung technisch-organisatorisch durchführbar ist. Danach könne eine Bürgerbefragung innerhalb von 3 Wochen durchgeführt werden. Die Kosten würden ca. 12.000 € ausmachen. Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, die Entscheidung zum Antrag in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu treffen. Er werde versuchen, den Fraktionen die konkrete Fragestellung noch vor dem Hauptausschuss zuzuleiten.

Wiedervorlage: Hauptausschuss 26. April 2006

zu 4 Diskussion über die Novellierung der Gemeindeordnung

Wie der Oberbürgermeister eingangs ausführt, sei den Fraktionen die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes und das Eckpunktepapier der Landesregierung zugeleitet worden. Weiter habe man sich in der letzten Sitzung des Hauptausschusses darauf verständigt, dass die Fraktionen dem Oberbürgermeister signalisieren, welche Themen für sie relevant sind. Der Oberbürgermeister merkt an, dass ihm keine Themen benannt worden seien. Für ihn stelle sich die Frage, wie man jetzt weiter verfahren wolle. Es gebe keinen konkreten Entwurf des Innenministeriums.

Herr Bretz führt u.a. aus, dass außer den beiden genannten Papieren nichts vorliege. In der Zuarbeit des Städte- und Gemeindebundes seien Punkte enthalten, die für die Stadt bzw. die Stadtverordnetenversammlung nicht relevant sind. Über diese Punkte brauche man auch nicht im Hauptausschuss diskutieren. Die Beratung könne man heute nicht in Gänze führen. Man sollte sich thematische Schwerpunkte herausuchen unter dem Gesichtspunkt, was bedeuten die Änderungen für die Stadtverordnetenversammlung Potsdam.

Herr Dr. Scharfenberg merkt u.a. an, dass die Diskussion nur Sinne mache, wenn man dies im Vorfeld die Vorlage des Regierungsentwurfes macht. Es ist ja beabsichtigt, die öffentliche Diskussion zu führen, an dies sollte man nutzen, um sich daran zu beteiligen. Es sei selbstverständlich, dass man nicht über Regelungen diskutiere, von denen man nicht berührt sei. Jedoch gebe es eine Reihe von Punkten, über die man diskutieren sollte:

1. die Frage, sollten die Regelungen in der Gemeindeordnung bleiben, die auch in anderen Rechtsvorschriften enthalten sind;
2. den Vorsitz des Oberbürgermeisters in der Vertretung und im Hauptausschuss
3. das Problem der Ausschussbesetzung
4. die Bildung von Ortsteilen
5. die Vertretung des hauptamtlichen Bürgermeisters in der StVV oder im Hauptausschuss
6. den Komplex der wirtschaftlichen Betätigung
7. die Beauftragtenregelung
8. die Haftung der Gemeindevertreter
9. die geheime Abstimmung (soll gestrichen werden)
10. das Petitionsrecht (soll ebenfalls gestrichen werden).

Der Oberbürgermeister stimmt zu, dass eine Reihe formaler Regelungen diskus-

sionswürdig seien wie auch eine Reihe inhaltlicher Fragen, wie z.B. die Stellung der Ortsbeiräte. Hier teile er die Auffassung des Städte- und Gemeindebundes nicht. Des weiteren die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen; hier sollen den Kommunen Einschränkungen auferlegt werden. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Themen zu sammeln.

Herr Schüler führt u.a. aus, dass es eine Reihe von Punkten gebe, bei der die Position der Fraktion Grüne/B90 von der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes abweiche. Seines Erachtens sei es wichtig, einen Standpunkt zu benennen. Er schlägt vor, dass die Gelegenheit genutzt werde, dass die Fraktionen ihre abweichende Meinung zu den Punkten, die für die Stadt relevant sind, zu Papier bringen und den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Kenntnis reichen, um dann darüber diskutieren zu können.

Der Oberbürgermeister spricht sich für eine gemeinsame Stellungnahme an das Ministerium des Innern aus.

Herr Mühlberg äußert seine Bedenken, dass man im Hauptausschuss zu einem so komplexen Thema zu einer einheitlichen Meinung komme.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass man nicht alles diskutieren müsse. Man könne sich an der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes orientieren, d.h. die Punkte, zu denen es Konsens gibt und die Punkte, zu denen es eine abweichende Meinung gibt.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass es vielleicht nicht so günstig ist, wenn jede Fraktion eine Stellungnahme erarbeitet. Man sollte über die Punkte sprechen und versuchen, eine einfache Formulierung zu finden. So z.B. zu der Frage, soll die Kommunalverfassung ausgelichtet werden oder nicht.

Herr Bretz unterbreitet den Vorschlag, einen Vertreter des Ministeriums des Innern in den Hauptausschuss einzuladen, um die Perspektiven und die Hintergründe der Novellierung der Gemeindeordnung zu erfahren.

Herr Dr. Scharfenberg ist davon nicht begeistert. Seines Erachtens dürfe man keine Illusionen haben, denn das Ministerium des Innern habe seinen eigenen Blickwinkel. Es gehe ja darum, sich mit den eigenen Erfahrungen einbringen zu können.

Herr Exner schlägt vor, sich auf Schwerpunkte zu konzentrieren mit dem Ziel, eine Art Konsensliste zu erarbeiten. Zu den Punkten, zu denen es Einverständnis mit der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes gebe, müsse man sich nicht unbedingt artikulieren. Insoweit sollte man sich, wie schon gesagt, auf Schwerpunktthemen konzentrieren. Ihm liege hier insbesondere die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen am Herzen.

Im Ergebnis verständigt man sich auf eine **weitere Diskussion in der Sitzung des Hauptausschusses am 26. April 2006.**

zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 5.1 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern am 11. April 2006 ausgefallen sei, weil es keine ausreichenden Themen gegeben habe.

**zu 5.2 Sachstandsbericht zur Entwicklung des Standortes des ehemaligen Medienforums Kirchsteigfeld
gemäß Vorlage: 05/SVV/0935 und 06/SVV/0029**

Der Oberbürgermeister führt aus, dass entsprechend des Prüfauftrages eine vierteljährliche Berichterstattung vorgesehen sei. Jedoch bedürfe es keiner großen Diskussion, da die Beigeordnete Frau G. Fischer in der letzten Stadtverordnetenversammlung ausreichend berichtet habe. Was er sagen könne ist, dass derzeit die Gespräche geführt werden, so z.B. die Frage, was eine Hortnutzung angehe.

**zu 5.3 10. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0132**

Zum 10. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

10. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam

**zu 5.4 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 06/SVV/0123**

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass die Mitteilungsvorlage im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen zur Kenntnis genommen worden sei.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert daran, unter welcher Voraussetzung man den Bericht beantragt habe. Es sei darum gegangen, dass man die geplante Entwicklung vorausschauend zur Kenntnis und in diesem Zusammenhang darauf Einfluss nehmen könne. Der vorliegende Bericht sei zwar sehr informativ, jedoch hätte er sich eine stärkere Problemorientierung gewünscht. Der Teil des Einsatzes öffentlicher Mittel in der Stadt insgesamt, werde für ihn in der gewünschten Klarheit nicht deutlich. So spiegele sich in der Vorlage z.B. nicht wider, was den Komplex Neubaugebiete betreffe, dass die Fördermittel nicht ausgeschöpft werden.

Frau Dr. von Kuick-Frenz äußert dazu, dass dies eine andere Berichtsgrundlage wäre. Man habe den vorliegenden Bericht auf den Produktkatalog für die Bereiche Stadterneuerung und Stadtplanung ausgerichtet.

Der Oberbürgermeister meint, sich erinnern zu können, dass die Verwaltung zur Frage des Einsatzes der Mittel bereits ausführlich berichtet habe.

Herr Dr. Scharfenberg verweist diesbezüglich auf die Beantwortung einer Kleinen Anfrage. Er merkt nochmals an, dass in dem Bericht eine Vielzahl von Aktivitäten aufgeführt seien, jedoch ohne Problemorientierung.

Der Oberbürgermeister hält fest, dass der Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg aufgenommen wird. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss vom 31.03.2004 zur Drucksache 03/SVV/0806 hat die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, zu Beginn eines jeden Jahres einen Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung vorzulegen, in dem Probleme und Aufgaben sowie Strategien und Prioritäten vorgestellt und begründet werden.

Ein solcher Bericht wird hiermit für das Jahr 2006 vorgelegt – siehe Anlage.

zu 6 **Sonstiges**

6.1. Frau Dr. Schröter spricht das Thema „dezentrale Abwasserbeseitigung“ an und stellt die Frage, ob es so sein werde, dass es eine Ausschreibung gibt, die in mehrere Lose aufgeteilt wird oder gibt es eine Ausschreibung mit einem Auftrag, der an einen großen Auftragnehmer geht.

Frau Dr. von Kuick-Frenz äußert u.a. dazu, dass beabsichtigt sei, eine Ausschreibung in mehreren Losen für die jeweiligen Bereiche vorzunehmen.

6.2. Herr Exner schlägt als Termin für den geplanten Workshop zum Thema: Bürgerhaushalt, Samstag, den 10. Juni 2006, 9.30 bis 13.00 Uhr vor. Eine wissenschaftliche Begleitung werde geprüft.

Bezüglich der wissenschaftlichen Begleitung bittet Herr Dr. Scharfenberg, die Universität Potsdam, die sich mit dem Thema intensiv befasse, nicht außer Betracht zu lassen.

Zum Termin **10. Juni 2006** gibt es keine Einwände. Man verständigt sich (per Abstimmung) auf einen **Beginn um 9.00 Uhr**.

6.3. Herr Dr. Scharfenberg bittet um Position der Verwaltung zur Mitteilungsvorlage „Petitionen, jahresmäßige Zusammenfassung“ – DS 06/SVV/0150. Seines Erachtens sei es unglaubwürdig, dass im Berichtszeitraum nur 38 Petitionen eingegangen seien. Insoweit stelle sich für ihn die Frage, dass unklar sei, was eine Petition ist.

Herr Exner antwortet dazu, dass man sich an dem Begriff Petition in der juristischen Literatur orientiert habe. Darauf werde im Bericht auch in der Fußnote hingewiesen. Danach seien nicht mehr als 38 Petitionen eingegangen.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, sich über den Begriff „Petition“ bzw. was darunter zu verstehen ist, in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses

nochmals zu verständigen.

- 6.4. Herr Dr. Scharfenberg fragt nach der detaillierten Kostenaufstellung für das Parkhaus Schiffbauergasse.

Frau Dr. von Kuick-Frenz sagt zu, dass die Kostenaufstellung zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses ausgereicht werde.

- 6.5. Herr Dr. Scharfenberg spricht das Problem eines Bürgers betreffend eine Fällgenehmigung an. Dieser habe eine Baugenehmigung. Es gehe um die Fällung von zwei Bäumen. Für einen Baum habe er eine Fällgenehmigung erhalten. Für den anderen Baum nicht. Der Bürger sei ziemlich genervt und zusätzliche Kosten entstehen ihm auch. Er wisse, dass es wegen Personalproblemen derzeit Schwierigkeiten gebe, die Anträge zeitnah abzuarbeiten.

Frau Elona Müller wird eine Prüfung veranlassen.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine schnelle Entscheidung.

- 6.6. Herr Dr. Scharfenberg bittet zum Thema: ÖPP und unter Bezug auf den Antrag der SPD 06/SVV/0225 – Public-Private-Partnership an Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten und die Mitteilungsvorlage der Verwaltung 06/SVV/0322 – Zwischenbericht zum Arbeitsstand der Arbeitsgruppe Investcontrolling/PPP zur DS 06/SVV/0749 - darum, einen Vertreter des Ministeriums des Innern in den Hauptausschuss einzuladen und zu bitten, über die aktuelle Situation bzw. die aktuellen Probleme zu informieren.

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, dies im Zusammenhang mit dem Antrag der SPD und der Vorlage der Verwaltung zu tun.

- 6.7. Herr Gohlke bittet darum, die Parksituation an der Post/Straße Am Kanal zu prüfen. Die drei Parkplätze für 20 Minuten seien entfallen; ggf. seien die Schilder wegen der Baumaßnahmen aus Versehen weggenommen worden. Die Situation für Bürger, die nur ein Paket abgeben oder abholen wollen, sei damit sehr erschwert.

Der Hinweis wird von Frau Elona Müller aufgegriffen.